

Ausdruck von Basisdemokratische Partei Deutschland [dieBASIS]

Bitte senden Sie diesen Ausdruck unterschrieben per Fax an:

Bundeszentrale für politische Bildung

Frau Pamela Brandt

0228 99105156633

Das Dokument muss unverändert gefaxt werden!

Nr.	These	Ja	Neutral	Nein
1	Überschüsse im Landeshaushalt sollen vorrangig zum Abbau von Schulden eingesetzt werden. Schleswig-Holstein hat nach dem Saarland die höchste Verschuldung pro Kopf. Wir dürfen den Schuldenberg nicht rücksichtslos der Folgegeneration überlassen.	X		
2	Die Steuer auf den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum soll gesenkt werden. Es ist unsinnig, Anschaffungen für Eigenbedarf mit einer Steuer zu belasten. Schritte zur Eigenständigkeit wie hier beim Wohnen sollen bestärkt werden.	X		
3	Schleswig-Holstein soll sich dafür einsetzen, dass eine Steuer auf hohe Vermögen erhoben wird. Hier geht es um die wenigen Vermögenden, die allerdings über 95 % an Besitz verfügen. Eine Vermögenssteuer könnte der öffentlichen Hand Geld verschaffen.	X		
4	Im gesamten öffentlichen Dienst des Landes sollen Stellen abgebaut werden. Diese Personaldecke ist ein unübersichtliches Wirrwarr, und Stellen, die einmal geschaffen wurden, haben die Angewohnheit ewig weiter zu leben, d.h. sie werden kaum überprüft. Und darum geht es: Es muss eine neutrale Überprüfung und Abwägung stattfinden. Daher lässt sich dieser Punkt nicht pauschal beantworten.		X	
5	Schleswig-Holstein soll die pandemiebedingten Auflagen für Clubs und Diskotheken aufheben. Die staatliche Einmischung in unser persönliches Verhalten muss sofort gestoppt werden. Und sie darf auch in Zukunft nicht geduldet werden. Was Menschen in ihrer Freizeit machen, geht die Behörden nichts an. Jeder kann selbst entscheiden, bei welchen Aktivitäten er sich sicher fühlt. Viele Gastronomiebetriebe hätten ihre Geschäfte aus verständlichen Gründen nie freiwillig geschlossen.	X		
6	Aufträge des Landes sollen nur an Unternehmen vergeben werden, die Tariflöhne zahlen. Die öffentliche Hand muss als Vorbild daran mitwirken, dass nicht noch mehr Dumping-Unternehmer mit Knebelverträgen in den Markt drängen. Bei diesen Aufträgen geht es auch um Steuergelder.	X		
7	Menschen mit Behinderungen, die in Behindertenwerkstätten arbeiten, sollen mindestens ein Entgelt in Höhe des gesetzlichen Mindestlohns erhalten. Der EuGH hat 2015 festgestellt, dass Beschäftigte in Werkstätten für be-hinderte Menschen unionsrechtlich als Arbeitnehmer anzusehen sind, die entsprechende Rechte haben. Hiesige Gerichte beurteilen das anders. Die Frage einer menschenwürdi-gen Entlohnung ist nur eines von vielen Problemen des Werkstättensystems. Es wird weder den Fähig-keiten und Bedürfnissen aller Beschäftigten noch dem Auftrag diese nach Möglich-keit & Wunsch auf den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln.	X		
Nr.	These	Ja	Neutral	Nein

Nr.	These	Ja	Neutral	Nein
8	<p>Fördermittel des Landes für die Landwirtschaft sollen vorrangig nach ökologischen Kriterien vergeben werden.</p> <p>Die ökologische Landwirtschaft findet im Einklang mit der Natur statt. Grundsätze des ökologischen Wirtschaftens sind der Erhalt und die Steigerung der Bodenfruchtbarkeit, eine artgemäße Tierhaltung, Verzicht auf mineralisch-synthetische Düngemittel, chemisch-synthetischen Pflanzenschutz, Gentechnik.</p>	X		
9	<p>Das Land soll sich dafür einsetzen, dass die Mitnahme weggeworfener Lebensmittel aus Müllcontainern von Supermärkten weiterhin strafbar sein soll.</p> <p>Die Ursachen der vielen & vielfältigen Probleme im Zusammenhang mit Produktion, Verteilung, Verschwendung und Vernichtung von Lebensmitteln müssen von den Unternehmen selbst und dem Gesetzgeber gelöst werden. Die Legalisierung des Containers kann aber Menschen helfen und Lebensmittel retten. Außerdem entspricht sie anscheinend dem Gerechtigkeitsempfinden der meisten Menschen: In einer Umfrage (2020) haben laut statista.de etwa 80 % der Befragten angegeben, eine Legalisierung zu befürworten.</p>			X
10	<p>Unternehmen sollen selbst entscheiden, ob sie ihren Beschäftigten das Arbeiten im Homeoffice erlauben.</p> <p>Deutschlands Wirtschaft wird von klein- und mittleren Unternehmen geprägt. Zur Erhaltung ihrer Wettbewerbsfähigkeit sollten die Unternehmen zusammen mit den Angestellten selbst entscheiden dürfen, ob und wie individuelle Regelungen zu Home-Office für sie passen.</p>	X		
11	<p>Bei der Besetzung von Führungspositionen in landeseigenen Betrieben soll eine verbindliche Frauenquote gelten.</p> <p>dieBasis ist die Partei mit dem höchsten Frauenanteil (ca. 49 %) unter den Mitgliedern. Frauenquoten werden innerhalb der Partei aus verschiedenen Gründen überwiegend kritisch gesehen. So werden Stigmatisierung und Abwertung als „Quotenfrau“ befürchtet, es wird bezweifelt, ob in bestimmten Bereichen überhaupt ein strukturelles Problem vorliegt oder es werden andere Lösungen bevorzugt.</p>			X
12	<p>Die Zahl der Nutztiere soll im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Fläche eines Betriebes begrenzt werden.</p> <p>Damit wird verhindert, dass es durch Ausbringung der tierischen Wirtschaftsdünger (Mist, Gülle, Jauche) zu einem Nährstoffüberschuss (in erster Linie Stickstoff) auf den hofeigenen Flächen kommt.</p>	X		
13	<p>Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sollen vom ersten Arbeitstag an mindestens den gleichen Lohn erhalten wie regulär Beschäftigte.</p> <p>„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“ - Das ist das eine. Wir dürfen außerdem nicht zusehen, wie das unsichere Leiharbeitswesen sich ausdehnen kann, weil dort billigere Arbeit zu bekommen ist. Und: Reguläre Verträge sind eher dazu geeignet, sichere Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten.</p>	X		
14	<p>Die kommunale Grundversorgung (z.B. Gas, Strom und Müllabfuhr) soll ausschließlich in öffentlicher Hand sein.</p> <p>Sichere Grundversorgung ist eine Sache von allgemeinem Interesse. Wenn hier Marktgesetze und Preiskampf mitspielen, kann es schneller zu Ausfällen oder Preissteigerungen kommen. Die Kommunen unterliegen gesetzlichen Regelungen.</p>	X		
Nr.	These	Ja	Neutral	Nein

Nr.	These	Ja	Neutral	Nein
15	<p>Die erlaubte Menge von Gülle, die zum Düngen eingesetzt werden darf, soll deutlich verringert werden.</p> <p>Dies kann u.a. erreicht werden, indem die Anzahl der gehaltenen Nutztiere (Rinder, Schweine) flächenabhängig begrenzt wird. Dadurch können Überdüngungen mit der stickstoffreichen Gülle auf den hofeigenen Flächen vermieden und einhergehend damit z.B. auch der Eintrag von Nitrat in Gewässer vermieden werden.</p>	X		
16	<p>Bei Straßensanierungen sollen die Kommunen weiterhin Beiträge der Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer erheben dürfen.</p> <p>In der Vergangenheit führten Sanierungen von Straßen, Radwegen oder Bürgersteigen oftmals zu hohen Belastungen derjenigen, die Eigentum an Häusern oder Grundstücken an diesen Orten haben. Oftmals waren diese finanziellen Belastungen sehr hoch. Die Sanierung kommunaler Infrastruktur dient allen und sollte deshalb über den kommunalen Haushalt finanziert werden.</p>			X
17	<p>Eltern sollen sich weiterhin an den Kosten für die Betreuung ihrer Kinder in Kitas beteiligen.</p> <p>Bildung sollte immer kostenlos und damit für alle zugänglich sein. Das gilt selbstverständlich auch für die frühkindliche Förderung.</p>			X
18	<p>In den Kindertagesstätten Schleswig-Holsteins soll überwiegend vegetarisches Essen angeboten werden.</p> <p>Eltern entscheiden darüber, wie sie ihre Kinder ernähren möchten, gegebenenfalls in Absprache mit der Kita. Aus Sicht der Basis ist die Ernährung eine höchst persönliche Angelegenheit der Selbstfürsorge und berührt soziale, kulturelle, weltanschauliche und religiöse Aspekte der Selbstbestimmung, in die sich der Staat nicht per Anordnung einmischen sollte.</p>			X
19	<p>Schreibweisen, die neben der männlichen und weiblichen auch andere Geschlechtsidentitäten abbilden, sollen in der Schule untersagt bleiben.</p> <p>Solche Kodierungen sorgen für die Entstellung unserer Sprache. Ansonsten bringen sie gar nichts. Die Achtung einer individuellen Orientierung zeigt sich im Leben und nicht im Schriftbild.</p>	X		
20	<p>Das Land soll allen Schülerinnen und Schülern kostenlos digitale Endgeräte zur Verfügung stellen.</p> <p>Auch wenn die Basis sich für das Recht auf ein analoges Leben einsetzt, ist die Digitalisierung in vielen Lebensbereichen inzwischen so weit fortgeschritten, dass Teilhabe und damit auch Bildung ohne die entsprechende Technik kaum noch möglich sind. Da Chancengleichheit nur dort gegeben ist, wo sowohl Informationsquellen als auch Arbeitsmittel und Kommunikationswege jedem zugänglich sind, ist die Ausstattung aller Schüler mit entsprechenden Geräten nötig.</p>	X		
21	<p>In Schleswig-Holstein soll geschlechtliche und sexuelle Vielfalt im Schulunterricht thematisiert werden.</p> <p>Allein ein qualifizierter Sexualunterricht wäre wertvoll. Besondere Orientierungen sind ein sehr komplexes Thema, das in die Hände von Experten gehört.</p>			X
22	<p>Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderung sollen generell gemeinsam unterrichtet werden.</p> <p>Aus Sicht der Basis soll schulische Bildung sich an den individuellen Interessen und Fähigkeiten orientieren und ihre Entfaltung bestmöglich fördern, damit jeder Mensch seine Individualität, seine fachlichen und sozialen Kompetenzen entwickeln und in die Gemeinschaft einbringen kann.</p>		X	
Nr.	These	Ja	Neutral	Nein

Nr.	These	Ja	Neutral	Nein
23	<p>Der Besuch einer Gedenkstätte, die an die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnert, soll für alle Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein verpflichtend sein.</p> <p>Junge Menschen müssen wissen, zu welchen unfassbaren Entgleisungen und schweren Verbrechen Gesellschaften unter einer Diktatur fähig sind. Ein solcher Besuch wirkt nachhaltig, wobei er gute pädagogische Begleitung braucht. Es ist wichtig, die hinter diesen Verbrechen wirkenden Mechanismen, die Massenpsychologie zu begreifen.</p>	X		
24	<p>Der Unterricht an den Schulen Schleswig-Holsteins soll unabhängig von der Corona-Inzidenz in Präsenz stattfinden.</p> <p>Reale Personen haben eine wertvolle Aufgabe. Zudem führt die Isolierung der Kinder zu deutlichen Schädigungen und sogar zu Erkrankungen. Die Rückmeldungen der Fachwelt, die davor gewarnt hatte, zeigten dies bereits erschreckend schnell. Es ist ein Verbrechen, den Kindern ihre sozialen Kontakte zu rauben.</p>	X		
25	<p>Die Ausbildungsförderung für Studierende (BAföG) soll weiterhin abhängig vom Einkommen der Eltern gezahlt werden.</p> <p>Es gibt Elternhäuser, die ihrem Nachwuchs ein Studium durchaus finanzieren können. Allerdings sind die jetzigen Einkommensgrenzen viel zu eng, um auch jungen Menschen aus schwächeren Elternhäusern eine Förderung zu geben.</p>	X		
26	<p>Für pflegende Angehörige soll das Land einen Zuschuss zum Pflegegeld zahlen.</p> <p>Diese Menschen tun oft mit höchsten Anstrengungen das, was finanzierte Pflegedienste gar nicht leisten können. Von dem sozialen Wert ganz zu schweigen.</p>	X		
27	<p>Das Abitur soll in Schleswig-Holstein vorrangig an Gymnasien abgelegt werden.</p> <p>Das staatliche Schulwesen kein Garant für Qualität. Freie Schulen wurden ausdrücklich im Gesetz ermöglicht, sie unterliegen der Schulaufsicht. Die Gesetzgebung hatte damals die Vielfalt vor Augen. Das war ein wichtiger und richtiger Gedanke.</p>		X	
28	<p>Alle Schülerinnen und Schüler sollen bis zur 10. Klasse gemeinsam unterrichtet werden.</p> <p>Eine sehr komplexe Frage, bei der nicht nur soziales Miteinander und Gleichwertigkeit jedes Einzelnen, sondern auch die Förderung individueller Begabungen eine Rolle spielen. Hier benötigen wir noch Expertenmeinungen.</p>		X	
29	<p>Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen, sollen dafür eine finanzielle Unterstützung vom Land erhalten.</p> <p>Es ist eine notwendige Art der Wertschätzung, wenn die Kinder zuhause betreut werden können. Der Kita-Besuch bewirkt nicht automatisch auch die günstigere Entwicklung der Jüngsten - der wird allerdings bezuschusst.</p>	X		
30	<p>Das Land Schleswig-Holstein soll die Schwangerschaftskonfliktberatung stärker finanziell fördern.</p> <p>Die Einrichtung weiterer Beratungsstellen könnte als positives Signal für Schwangerschaftsabbrüche betrachtet werden. Andererseits benötigen viele Frauen eine offene und optimale Beratung in dieser Lebensentscheidung.</p>	X		
Nr.	These	Ja	Neutral	Nein

Nr.	These	Ja	Neutral	Nein
31	<p>Politische Bildung soll bereits ab der ersten Klassenstufe in allen Schulformen Schleswig-Holsteins verpflichtend unterrichtet werden.</p> <p>Im Alter von 5 bis 12 geht es bei jungen Menschen um den Erwerb von Basiswissen und sozialem Verhalten. Die Jüngsten lernen „Politik“ beim Spielen, am Frühstückstisch, beim Musizieren. Genau genommen lernen sie dabei sehr gründlich Politik, so gründlich wie später nie mehr in ihrem Leben. Und darauf kann und soll ein Theoriefach dann aufbauen.</p>			X
32	<p>Die Hochschulausbildung von Erzieherinnen und Erziehern in Schleswig-Holstein soll ausgebaut werden.</p> <p>Die entscheidende Entwicklung junger Menschen findet im Alter von 0-7 statt. Natürlich lernen die Jüngsten das meiste zuhause. Aber wenn wir sie in professionelle Hände geben, dann sollen es diejenigen mit optimalem pädagogischen Hintergrund sein. Studierte Fachkräfte, wie im Grundschulbereich, sind hier hilfreich.</p>		X	
33	<p>Schleswig-Holstein soll sich dafür einsetzen, dass, wenn ein Kind in die Ehe zweier Frauen geboren wird, beide von Beginn an als Mütter rechtlich anerkannt werden.</p> <p>Innerhalb der Basis SH besteht zu dieser Frage noch kein Konsens. Kinder dürfen jedenfalls nicht wegen der Familienform, in die sie hinein geboren werden, benachteiligt werden. Dies ist aber bei der jetzigen Rechtslage der Fall: Die einzige Möglichkeit der rechtlichen Anerkennung und Absicherung des Kindes ist die Stiefkindadoption.</p>		X	
34	<p>Die staatlichen Hochschulen Schleswig-Holsteins sollen stärker mit privaten Unternehmen zusammenarbeiten.</p> <p>Die Gefahr von gezielter Einmischung durch fremde Interessen wird dadurch größer; Bildung und Forschung müssen immer möglichst unabhängig sein. Nebenbei ist hierbei eine wirkliche Selbstverwaltung der Hochschuleinrichtungen wichtig.</p>			X
35	<p>Die Online-Durchsuchung privater digitaler Endgeräte durch Sicherheitsbehörden soll erlaubt sein.</p> <p>Der Schutz der Privatsphäre, der Unverletzlichkeit der Wohnung, des Post- und des Fernmeldegeheimnisses sind ein durch das Grundgesetz geschütztes hohes Gut, das die Basis bewahren wird. Dass der Staat Spionage Software einsetzt und unbemerkt Computer, Tablets und Handys durchsucht, lehnen wir ab. Die bestehenden Gesetze bieten den Behörden bereits ausreichende Möglichkeiten zur Strafverfolgung.</p>			X
36	<p>Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter, die Zugang zum Landtag haben, sollen in einer öffentlichen Liste ("Lobbyregister") erfasst werden.</p> <p>Der Einfluss von Lobbyisten auf die Entscheidungsfindung der Politik nimmt überhand. Ein Zeichen für die Verstrickung der etablierten Parteien mit den Interessen der Wirtschaft und sogenannter NGOs sind auch die zahlreichen Jobwechsel zwischen Politik, Wirtschaftsverbänden und NGOs. Wir fordern Transparenz durch ein Lobbyregister.</p>	X		
37	<p>Demonstrationen sollen bei erheblichen Verstößen gegen Corona-Schutzmaßnahmen konsequent aufgelöst werden.</p> <p>Das Demonstrationsrecht ist im Grundgesetz verankert. Jeder Bürger hat das Recht, sich jederzeit friedlich zu versammeln. Die Anwendung der Corona Schutzverordnung zur Kontrolle oder gar Verbot von Versammlungen lehnen wir ab. Unter freiem Himmel sind Auflagen wie Abstand und Maske unsinnig und dürfen nicht grundgesetzwidrig zur Verhinderung von Versammlungen eingesetzt werden.</p>			X
Nr.	These	Ja	Neutral	Nein

Nr.	These	Ja	Neutral	Nein
38	<p>In Schleswig-Holstein soll die Polizei auch verdachtsunabhängige Personenkontrollen durchführen dürfen.</p> <p>Personenkontrollen durch die Polizei müssen einen Anlass, also einen Verdacht haben auf eine Straftat oder eine Ordnungswidrigkeit. Wenn kein Verdacht vorliegt, gibt es keinen Grund, Personenkontrollen durchzuführen.</p>			X
39	<p>Asylbewerberinnen und -bewerber in Schleswig-Holstein sollen unmittelbar nach ihrer Antragsstellung eine Arbeitserlaubnis erhalten.</p> <p>Die Versagung einer Arbeitserlaubnis führt in dem oft langwierigen Verfahren eines Asylantrags zu einem Leben ohne Struktur und ohne Kontakt zu Einheimischen. Die Asylbewerber können nicht arbeiten, werden aber alimentiert. Die Integration würde für die Asylbewerber deutlich günstiger verlaufen, wäre durch Arbeit bereits eine Grundlage dafür gelegt.</p>	X		
40	<p>In Schleswig-Holstein sollen Polizistinnen und Polizisten bei Großeinsätzen weiterhin eine individuelle Kennzeichnung tragen müssen.</p> <p>Der Vorteil einer Kennzeichnung der Polizeibeamten ist, im Falle von Aufklärungsbedarf den Polizisten oder die Polizistin unmittelbar ermitteln zu können, zum Sachverhalt zu befragen und gegebenenfalls dienstliche Maßnahmen einzuleiten.</p>	X		
41	<p>Das Land soll Maßnahmen gegen Antisemitismus finanziell stärker fördern.</p> <p>Die Förderung von Maßnahmen gegen politischen Extremismus sollte sich mit der gleichen Entschlossenheit gegen linken, rechten und auch gegen religiösen Extremismus richten. Es erfolgt bereits eine ausreichende Förderung im Land, das Übel des Antisemitismus zu bekämpfen und aufzuklären, sowohl in der schulischen Bildung als auch durch öffentliche Programme.</p>		X	
42	<p>Alle dauerhaft in Schleswig-Holstein lebenden Ausländerinnen und Ausländer sollen an den Kommunalwahlen teilnehmen dürfen.</p> <p>Unsere Idee der Basisdemokratie und des Wir-Prinzips folgt dem Anspruch, dass die Menschen in ihrer unmittelbaren Lebensumgebung, also in ihrer Region und Kommune, über die politischen Entscheidungen mitbestimmen.</p>	X		
43	<p>Schleswig-Holstein soll sich für höhere Auflagen bei der Genehmigung eines Waffenscheins einsetzen.</p> <p>Wir sehen, dass von der Bevölkerung der Wunsch nach mehr Sicherheit geäußert wird. Jedoch: Das aktuelle deutsche Waffengesetz ist weltweit eines der schärfsten. Jeder Waffenbesitzer wird laufend durch die Behörden auf seine Zuverlässigkeit überprüft. Schon ein kleineres Strafverfahren kann zum Verlust der Waffenbesitzkarte führen. Schusswaffenbesitzer sind in Deutschland mit der aktuell herrschenden Waffengesetzgebung die am schärfsten beobachteten Staatsbürger.</p>		X	
44	<p>Schleswig-Holstein soll sich dafür einsetzen, dass der Schutz und die Förderung nationaler Minderheiten im Grundgesetz ausdrücklich verankert werden.</p> <p>Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland wie die Sorben in Sachsen genießen ebenfalls Schutz und werden kulturell und politisch bei dem Erhalt Ihrer eigenen Traditionen unterstützt. Eine Grundgesetzänderung erscheint hier nicht notwendig, da kein Missstand erkennbar ist.</p>		X	
Nr.	These	Ja	Neutral	Nein

Nr.	These	Ja	Neutral	Nein
45	Die schleswig-holsteinische Polizei soll weiterhin Körperkameras ("Bodycams") einsetzen dürfen. Selbst wenn diese Technologie in der Strafverfolgung bisweilen der Polizei hilft, Gefahren abzuwehren und im Zweifelsfall eventuell sogar die Verletzung von Bürgerrechten durch die Polizei zu dokumentieren, ist der wichtige Aspekt des Datenschutzes nicht geklärt. Deshalb ist die Basis bzgl. dieser Ausrüstung der Polizei neutral.		X	
46	Kommunen in Schleswig-Holstein sollen selbst entscheiden dürfen, ob sie Geflüchtete aufnehmen. Eine Säule der Basisdemokratie ist auf kommunaler Ebene eigenständig entscheiden zu können. So kann es sein, dass die Kommune sich außerstande sieht, Geflüchtete adäquat unterzubringen und zu versorgen oder bereits eine hohe Quote an Geflüchteten vorliegt. In dem Fall sollte die Kommune das letzte Wort haben und nicht eine übergeordnete Gebietskörperschaft wie das Bundesland.	X		
47	In Schleswig-Holstein soll es ein eigenes Digitalministerium geben. Es ist üblich geworden, mit neuen Legislaturperioden Ministerien neu zuzuschneiden und neue Ministerien zu schaffen. Dabei werden die Verwaltung unnötig aufgebläht und neue hochdotierte Minister- und Staatssekretär-Stellen geschaffen. Unbesehen der Tatsache, dass Digitalisierung ein wichtiges Thema ist, wenn auch nur eines unter vielen, bedarf es nicht eines eigenen Ministeriums.			X
48	Schleswig-Holstein soll abgelehnte Asylbewerberinnen und -bewerber konsequent abschieben. Das Recht auf Asyl ist grundgesetzlich garantiert und ein hohes Gut. Bei jedem Asylbewerber wird sorgfältig geprüft, ob Asylgründe vorliegen. Ist das nicht der Fall, kann derjenige über diese Regelung nicht im Land bleiben. Es gibt andere legale Möglichkeiten einzuwandern, wenn z.B. ein Arbeitsverhältnis aufgenommen wird. Für die wirklich politisch Verfolgten muss genug Aufnahmekapazität vorhanden sein.	X		
49	Das Land soll sich dafür einsetzen, dass für alle Volljährigen eine allgemeine Impfpflicht gegen Covid-19 gelten soll. Die Basis hat sich wie keine andere Partei immer eindeutig kritisch zu den Coronamaßnahmen positioniert. Die allgemeine Impfpflicht lehnen wir ab. Wir plädieren stattdessen für eine freie Impfscheidung und setzen damit die ethischen Grundsätze der Medizin um; dass ein medizinischer Eingriff nicht schaden darf und dass es eine freiwillige Zustimmung geben muss. Diese Zustimmung kann nur nach ausreichender Aufklärung über Nutzen und Risiken getroffen werden.			X
50	Empfängerinnen und Empfängern von Arbeitslosengeld II ("Hartz IV") sollen weiterhin die Leistungen gekürzt werden, wenn sie wiederholt Termine beim Jobcenter versäumen. Empfänger öffentlicher Leistungen verpflichten sich auch, sich an die Regeln zu halten. Beratung oder Jobangebote gehören hierzu. Eine Mitgliederbefragung hat ergeben, dass eine knappe Mehrheit dem zustimmt. Es gibt jedoch reichlich Diskussionsbedarf über Alternativen die ALG II (Hartz IV) ersetzen können.	X		
51	Alle Zugewanderten in Schleswig-Holstein sollen Zugang zu kostenlosen Deutschkursen haben. Sprachkenntnisse sind das A und O des sozialen Miteinanders; außerdem sind eine entscheidende Grundlage für eigenständiges Handeln.	X		
Nr.	These	Ja	Neutral	Nein

Nr.	These	Ja	Neutral	Nein
52	<p>Ein Teil der Medizinstudienplätze in Schleswig-Holstein soll an Menschen vergeben werden, die sich verpflichten, anschließend als Ärztin oder Arzt auf dem Land zu arbeiten.</p> <p>Es gibt in den ländlichen Regionen oftmals einen Mangel an Ärzten während es in den Städten eine hohe Nachfrage nach kassenärztlichen Praxen seitens der Ärzteschaft gibt. Um eine bessere Verteilung zwischen Stadt und Land in der medizinischen Versorgung zu erreichen, erscheint es opportun, einige Medizin- Studienplätze an die Bedingung zu knüpfen, danach später für eine gewisse Zeit im ländlichen Raum zu arbeiten.</p>	X		
53	<p>In Schleswig-Holstein sollen mehr Krankenhäuser in öffentlicher Hand sein.</p> <p>Während der Staat Krankenhäuser betreibt, um seiner Verpflichtung, die stationäre Versorgung sicherzustellen, nachzukommen, betreiben private Investoren Kliniken, um Gewinne zu erwirtschaften. Beides hat Vor- und Nachteile und könnte sich sinnvoll ergänzen. Stattdessen zeigen der Pflegenotstand und die vielen Schließungen „unrentabler“, aber für die Versorgung eigentlich notwendiger Abteilungen und ganzer Standorte, dass ein Ungleichgewicht entstanden ist, das korrigiert werden muss.</p>	X		
54	<p>Bei großen Wohnungsbauprojekten soll es eine feste Quote von Sozialwohnungen geben.</p> <p>Im Wohnungsbau gibt es die Objekt- und die Subjektförderung. Die Objektförderung sind die preisgebundenen Sozialwohnungen, die Subjektförderung ist das Wohngeld. Die Notwendigkeit, eine ausreichende Anzahl an Sozialwohnungen bereitzustellen, ist unbestritten, nicht zuletzt durch die in letzter Zeit stark steigenden Mieten, die Inflation und die stagnierenden Einkommen.</p>	X		
55	<p>Private Wohnungen in Schleswig-Holstein sollen weiterhin als Ferienwohnungen vermietet werden dürfen.</p> <p>Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftszweig für Schleswig-Holstein. Der Tourismus ändert sich, so z.B. durch das Angebot anstatt in Hotels oder Pensionen in privaten Wohnungen Urlaub machen zu können. Diese Möglichkeit wollen wir sowohl für die Urlauber als auch für die Vermieter erhalten, die dadurch an der Tourismuswirtschaft partizipieren können. Die Gefahr einer übermäßigen Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen wie in Großstädten sehen wir für Schleswig-Holstein nicht.</p>	X		
56	<p>Das Land soll selbstständige Kulturschaffende bei pandemiebedingten Einkommenseinbußen stärker finanziell unterstützen.</p> <p>Die wertvolle Arbeit in Kunst und Kultur wird in sehr hohem Maße von Freiberuflern geleistet. Auch und gerade diese Menschen müssen vor dem Ruin geschützt werden. Vielen sind zeitweise alle Einkünfte weggefallen. Die Kulturbranche ist in all Ihrer Vielfalt zudem die zweitgrößte in Deutschland und ist zum Teil völlig ruiniert. Dafür trägt der Staat, der die Beschränkungen beschlossen hat, die volle Verantwortung.</p>	X		
57	<p>In Schleswig-Holstein soll es wieder eine Mietpreisbremse geben.</p> <p>Wohnen ist ein Menschenrecht. Wenn der Wohnungsmarkt dies für Schwächere unmöglich macht, muss es ein Stopp geben. Im Übrigen wird in der Folge über steigende Wohngeldzuschüsse der öffentliche Haushalt belastet.</p>	X		
58	<p>Beschäftigte im öffentlichen Dienst sollen ein Kopftuch tragen dürfen.</p> <p>Das ist eine Frage der Abwägung zwischen Freiheit und Neutralität im öffentlichen Raum. Das Kopftuch kann durchaus ein Symbol für Unterdrückung sein. Muss es aber nicht.</p>		X	
Nr.	These	Ja	Neutral	Nein

Nr.	These	Ja	Neutral	Nein
59	<p>Schleswig-Holstein soll sich dafür einsetzen, dass alle Pflegekräfte nach einem einheitlichen Tariflohn bezahlt werden müssen.</p> <p>In der Pflege wurde durch die Privatisierung viele Einrichtungen sukzessive der Tariflohn unterlaufen, indem z.B. Zulagen für Schichten oder Feiertagsarbeit wegfielen. Für eine gerechte und angemessene Lohnentwicklung im Pflegesektor braucht es einen einheitlichen verpflichtenden Tariflohn, der für eine angemessene Bezahlung der Pflegekräfte landes- und bundesweit sorgt.</p>	X		
60	<p>Das Land soll den Erhalt kommunaler Schwimmbäder langfristig finanziell fördern.</p> <p>Die Basis setzt sich für den Erhalt kommunaler Infrastruktur ein. Dazu gehören auch Schwimmbäder. Viele Schwimmbäder wurden in den letzten Dekaden geschlossen aus Kostengründen. Ein Resultat ist, dass immer weniger Kinder und Erwachsene schwimmen lernen. Schwimmkurse sind überlaufen. Schwimmen zu können ist lebensnotwendig.</p>	X		
61	<p>Es sollen mehr Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst des Landes arbeiten.</p> <p>Diese Frage wird in der Basis Schleswig-Holstein noch diskutiert. Es gibt noch keinen Konsens, der sich eindeutig als Zustimmung oder Ablehnung ausdrücken lässt.</p>		X	
62	<p>Energieversorgungsunternehmen sollen privaten Haushalten bei erheblichem Zahlungsverzug weiterhin Gas und Strom abstellen dürfen.</p> <p>Strom- und Gasversorgung sind existenziell notwendig, insbesondere wenn man eine Erwerbslosigkeit überwinden muss. Die Sperrung der Versorgung aufgrund von Zahlungsnöten ist grundsätzlich unangemessen.</p>			X
63	<p>Das Land soll Projekte gegen die Diskriminierung von Sinti und Roma stärker fördern.</p> <p>Wenn von der Förderung von Projekten gegen Diskriminierung von bestimmten Bevölkerungsgruppen die Rede ist, sind zur Feststellung der Angemessenheit des Umfangs der Förderung alle in Betracht kommenden Gruppen zusammen zu betrachten. Die Steigerung der Förderung bestimmter Projekte kann eine Diskriminierung anderer bedeuten, da die Fördermittel insgesamt in der Regel begrenzt sind.</p>		X	
64	<p>In Schleswig-Holstein soll die Bebauung naturnaher Flächen stärker gesetzlich begrenzt werden.</p> <p>dieBasis ist grundsätzlich für einen achtsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Die zunehmende Flächenversiegelung gefährdet das Klima und die Biodiversität und damit die Voraussetzungen für unsere Gesundheit. Gesetzliche Schranken begünstigen die Findung von Alternativen.</p>	X		
65	<p>Schleswig-Holstein soll den flächendeckenden Breitbandausbau mit Landesmitteln sicherstellen.</p> <p>dieBasis strebt an, Dienstleistungen der Daseinsvorsorge weitestgehend in öffentlicher Hand zu halten. Alle Bürger profitieren direkt oder indirekt von flächendeckendem Breitband-Internetzugang. Der Breitbandausbau soll daher auch mit Mitteln des Landeshaushalts vorangetrieben werden.</p>	X		
66	<p>In ganz Schleswig-Holstein soll im Öffentlichen Personennahverkehr ein 365-Euro-Jahresticket eingeführt werden.</p> <p>Mobilität ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Möglichkeit der Wahrnehmung der Freiheitsgrundrechte und der wirtschaftlichen Teilhabe. Alle Bürger sollen daher einen niedrighwelligen Zugang zum ÖPNV haben. Die Benutzung des ÖPNV spielt zudem eine wichtige Rolle für den Umweltschutz und die Schonung von Ressourcen.</p>	X		
Nr.	These	Ja	Neutral	Nein

Nr.	These	Ja	Neutral	Nein
67	Der Wolf soll in Schleswig-Holstein gejagt werden dürfen.		X	
	Derzeit hat Schleswig-Holstein, anders als andere Bundesländer, noch keine schwerwiegenden Übergriffe durch Wölfe. Richtig ist, dass sogen. Problemwölfe bejagt werden dürfen, jedoch nur durch befugte Personen. Ob eine Aufnahme des Wolfes ins Jagdrecht gerechtfertigt, wird die Zukunft zeigen. Die aktuelle Bundesgesetzgebung sollte jedoch ins Länderrecht abgegeben werden um entsprechend flexibel handeln zu können. DieBasis steht aufgrund o.g. Darstellung aktuell neutral zur Bejagung des Wolfes.			
68	In Schleswig-Holstein sollen keine weiteren Flächen für Windkraftanlagen ausgewiesen werden.	X		
	Schleswig-Holstein ist stellenweise übersät mit Windenergieanlagen. Eine große Zahl der Bürger fühlt sich davon in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt, mitunter kommt es zu Gesundheitsschäden. Der Tourismus erleidet Attraktivitätsverluste. Wirtschaftliche Einzelinteressen sind mit diesen Kosten sorgfältigst abzuwägen, die Bedeutung der Windenergie für die Energieversorgung insgesamt unterliegt dem Wandel und sollte daher nicht verabsolutiert werden.			
69	Die Autobahn A20 soll wie geplant mit der Elbquerung westlich von Hamburg weitergebaut werden.	X		
	Mit dem Ausbau der A20 verbindet eine große Zahl unserer Mitglieder wirtschaftliche Chancen für große Teile des Landes. Unter Abwägung der Nachteile für die Umwelt und die Anwohner überwiegt bei unseren Mitgliedern die Befürwortung eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte im Land.			
70	In ganz Schleswig-Holstein sollen stillgelegte Bahnstrecken wieder in Betrieb genommen werden.	X		
	Die Wiederbelebung vorhandener aber stillgelegter Bahnstrecken sehen wir als eine günstige Möglichkeit zur Intensivierung des ÖPNV und des Gütertransports per Bahn.			
71	Klimaschutz soll als Staatsziel in die schleswig-holsteinische Landesverfassung aufgenommen werden.			X
	Laut Landesverfassung haben die Verwaltungsinstitutionen für den Schutz der natürlichen Grundlagen des Lebens zu sorgen. Das Wort „Klimaschutz“ ist indes ein politischer Begriff und hat seinen Platz in der öffentlichen Debatte, nicht in einer Verfassung.			
72	Im Naturpark Wattenmeer soll Krabbenfang generell erlaubt sein.		X	
	Der Krabbenfang im Naturpark Wattenmeer ist von kultureller sowie wirtschaftlicher Bedeutung, findet jedoch kaum Platz im öffentlichen Bewusstsein. Um hierzu eindeutig Stellung beziehen zu können, müsste das Problem konkretisiert werden und man benötigt Informationen für und wider von allen betroffenen Seiten.			
73	Photovoltaik-Anlagen sollen auch auf landwirtschaftlichen Flächen gebaut werden dürfen.		X	
	Der Bau von Photovoltaikanlagen auf landwirtschaftlichen Flächen wird von vielen unserer Mitglieder abgelehnt, da die Nutzung der Flächen für die Lebensmittelerzeugung grundsätzlich als vorrangig angesehen wird. Ein nicht unerheblicher Teil unserer Mitglieder hat eine differenziertere Ansicht. Themen mit derart starker lokaler Bedeutung sollten idealer Weise basisdemokratisch vor Ort bearbeitet werden.			
74	Im gesamten Öffentlichen Personennahverkehr Schleswig-Holsteins soll die Fahrradmitnahme weiterhin kostenpflichtig sein.			X
	Die Fahrradmitnahme im ÖPNV sollte durch Befreiung von Extrakosten gefördert werden, da eine niedrigschwellige Verbindung der ÖPNV-Nutzung mit dem Fahrrad die Attraktivität des ÖPNV steigert.			
Nr.	These	Ja	Neutral	Nein

Nr.	These	Ja	Neutral	Nein
75	<p>Im ländlichen Raum Schleswig-Holsteins soll der Ausbau des Straßennetzes gegenüber dem Ausbau des Schienennetzes Vorrang haben.</p> <p>dieBasis möchte mehrheitlich den ÖPNV stärken. Der Schienennetzausbau soll daher Vorrang vor dem Straßennetzausbau genießen. Das bedeutet nicht, dass das bestehende Straßennetz vernachlässigt werden darf. Eine ökologische Verkehrswende sollte nur die Schiene als Transportweg bevorzugt ins Auge fassen und die Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene fördern.</p>			X
76	<p>Der Mindestabstand von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung soll in Schleswig-Holstein erhöht werden.</p> <p>Eine große Zahl der Bürger fühlt sich von Windenergieanlagen in der Nähe ihres Wohnortes in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt, mitunter kommt es zu Gesundheitsschäden. Die gesetzliche Erhöhung des Mindestabstands von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung sehen wir als ein geeignetes Mittel zum Schutz der Lebensgrundlagen der betroffenen Bürger.</p>	X		
77	<p>Schleswig-Holstein soll bis spätestens 2035 klimaneutral sein.</p> <p>Es gibt verschiedene wissenschaftliche Ansichten über die Art und Weise des Bestehens einer Klimaproblematik, ihrer Faktoren und der Einflussmöglichkeiten der Menschen und der Politik darauf. Deshalb ist ein Ziel „Klimaneutralität“ viel zu unscharf formuliert, als dass es für die gesellschaftliche Entwicklung richtungsweisend sein könnte.</p>			X
78	<p>Auf den Autobahnen in Schleswig-Holstein soll ein generelles Tempolimit gelten.</p> <p>Die Idee eines generellen Tempolimits auf Autobahnen stößt bei unseren Mitgliedern auf ein geteiltes Echo, wie die meisten Bürger es aus ihrem persönlichen Umfeld kennen dürften. Es gibt gute Argumente dafür wie auch dagegen. Ein ideales Thema für einen Volksentscheid.</p>		X	
79	<p>Die Landesmittel für den Öffentlichen Personennahverkehr sollen vorrangig im ländlichen Raum eingesetzt werden.</p> <p>Der ländliche Raum benötigt im Verhältnis zu den Städten mehr Entwicklung im Bereich des ÖPNV. Die Verwendung der Mittel des Landes für die Verkehrsinfrastruktur sollte daher vorrangig in den ländlichen Raum fließen.</p>	X		
80	<p>Im Nationalpark Wattenmeer soll weiterhin Erdöl gefördert werden dürfen.</p> <p>Wir lehnen die Erdölförderung im Nationalpark Wattenmeer wegen des Risikos für die Natur ab. Je früher ein Ausstieg erfolgt, desto höher wird der Druck auf die Entwicklung nachhaltiger ökologischer Alternativen.</p>			X
81	<p>Schleswig-Holstein soll sich dafür einsetzen, dass Deutschland weiterhin Waffen an die Ukraine liefert.</p> <p>dieBasis SH ist der Auffassung, dass Waffenlieferungen ungeeignet zur Befriedung sind: Sie verlängern und vergrößern das Leid von Menschen, während der zugrunde liegende Konflikt dadurch weder geklärt noch gelöst wird. Frieden wird durch Deeskalation und Verhandlungen erreicht, nicht durch mehr Gewalt.</p>			X
82	<p>Schleswig-Holstein soll sich dafür einsetzen, dass die Sanktionen gegen Russland gelockert werden.</p> <p>Sanktionen gehören als wirtschaftliche Kriegshandlungen geächtet und nicht nur gelockert. Sie schaden vor allem der zivilen Bevölkerung und nicht der politischen Führung. Zudem weiß man spätestens seit der Krimkrise, dass Sanktionen ungeeignet sind, den gewünschten Erfolg herbeizuführen.</p>	X		
Nr.	These	Ja	Neutral	Nein

Nr.	These	Ja	Neutral	Nein
83	<p>Schleswig-Holstein soll sich dafür einsetzen, dass die deutschen Verteidigungsausgaben dauerhaft erhöht werden.</p> <p>Aufgabe der Friedenspolitik ist es, die Ursachen von Konflikten zu erkennen, sie offenzulegen und dann gemeinsam Lösungen zu suchen, die den Bedürfnissen aller Beteiligten gerecht werden. Dazu braucht es mehr Diplomatie und nicht mehr Waffen. Im Hinblick auf den europäischen Gedanken sind ohnehin zunächst andere Fragen zu diskutieren, wie die, ob und falls ja mit welchen konkreten Aufgaben nationale Armeen noch zeitgemäß sind.</p>			X
Nr.	These	Ja	Neutral	Nein

Bitte senden Sie diesen Ausdruck unterschrieben per Fax an:
 Bundeszentrale für politische Bildung
 Frau Pamela Brandt
 0228 99105156633
 Das Dokument muss unverändert gefaxt werden!

045-017-021-542115DB278628D23CC251A8517611FC
 FD99513A679F81C071533F864DB1B2CB - AD66D215011F5E2F06F4CC7A73818E52

Ihre Angaben über folgende Stichpunkte zu Ihrer Partei / politischen Vereinigung:

Vorsitz: Ansgar Stalder
 Mitgliederzahl: 1764
 Gründungsjahr: 2020

Ansprechpartner: Michael Metzsig
 Funktion: Vorstand / Presse & Öffentlichkeitsarbeit
 Tel: 01579 - 23 50 352
 E-Mail: michael.metzig@diebasis-lvsh.de



Straße, Nr:

Alfons-Huysmans-Ring 45

Plz, Ort:

24149 Kiel

Unterschrift / Stempel:

[Handwritten signature]

Datum, Ort:

10.03.2022 Kiel

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit der Angaben und gestatte, dass diese veröffentlicht werden dürfen.

Datum des PDFs: 10.03.2022 00:37:24

File: 18639-AD66D215011F5E2F06F4CC7A73818E52_422_2022_03_10_00_37_24.pdf